

Mit besserer Bildung gegen Hass und Hetze

Antisemitismus: „Judenhass nimmt zu“ und „Gefährlich ruppig“, FR-Titel und -Meinung vom 26. Juni

Man wurde kritisch unter die Lupe genommen

In dem Artikel über zunehmenden Judenhass wurde ein Vorfall erwähnt, dass eine Israelin ein WG-Zimmer in Köln nicht bekam, weil sie sich nicht von Israel distanziert habe. Es ist nicht ausgeführt, was unter dieser Distanzierung von Israel zu verstehen ist. Ich habe in den 70er Jahren in Berlin und Hamburg studiert. Bei Bewerbungen um WG-Zimmer wurde man sehr unter die Lupe genommen, auch bezüglich der politischen Ansichten. Unsere Tochter, die Anfang der 2000er Jahre in Berlin studiert hat, machte ähnliche Erfahrungen. Offensichtlich hatten die Bewohner:innen der WG in Köln andere Auffassungen als die Bewerberin. Ich nehme an, dass es zu einem Gespräch gekommen ist, sie wurde ja nicht am Telefon abgelehnt, weil sie aus Israel kam. Das wäre ganz klar Antisemitismus. Ich nehme mal an, es ging um eine Distanzierung von der Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung, was hierzulande unter das Edikt Antisemitismus fällt. Darüber hinaus nehme ich mal an, dass die Bewerberin um ein Zimmer in einer WG von israelischen Studierenden oder Intellektuellen in Berlin, die aus politischen Gründen aus Israel weggegangen sind, auch nicht auf Zustimmung gestoßen wäre.

Das gilt natürlich auch für Tel Aviv. Ich kann mir schwer vorstellen, dass Kritiker:innen von Netanjahu, Ben Gvir und

Smotrich mit deren Sympathisant:innen den lebendigen Dialog suchen und Küche und Bad teilen wollen. Zunehmende Angriffe auf jüdische Menschen sind schlimm, ebenso die auf muslimische Menschen. Nichtsdestotrotz sollte etwas Differenzierung in den Angaben stattfinden. Elke Weyel, Hamburg

Wegducken und Schweigen gefährden die Demokratie

Der Begriff Ochlokratie stammt aus dem Altgriechischen und hat als Herrschaftsform die Bedeutung von Pöbelherrschaft, ist also äußerst negativ besetzt (vgl. dazu Polybios etwa 200 bis 118 v. Chr. in seinem „Verfassungskreislauf“ zu Staatstheorien).

Im Grunde ist es in der langen deutschen Geschichte nur einmal dazu gekommen, und zwar in der Zeit von 1933 bis 1945 mit den grauenvollsten, katastrophalen Folgen. Begonnen hat alles insbesondere mit: Beseitigung der Gewaltenteilung (Gesetzgebung, Regierung, Rechtsprechung), Beseitigung der Grundrechte für Bürgerinnen und Bürger, dem Ende allgemeiner, freier und geheimer Wahlen, Ausschaltung jeglicher Opposition, Beseitigung der freien Meinungsäußerung einschließlich Pressefreiheit, Beendigung jedes Minderheitenschutzes.

Aufgrund dieser Erfahrungen kann es somit nur eine Konsequenz geben: Bei derart erkennbaren Tendenzen hat jeder Bürger, hat jede Bürgerin die

Pflicht, mit den gegebenen Möglichkeiten gegen entsprechende Entwicklungen zu protestieren. Wegducken und Schweigen gefährden die Demokratie, fördern nur das drohende Unheil.

Josef Draxinger, Vohburg

Die Politik könnte wesentlich mehr tun

Die Analyse von Pitt von Bebenburg führt noch nicht weit genug. Schließlich besteht ein entscheidendes Problem derzeit auch darin, dass gerade das sichtbare öffentliche Engagement gegen Antisemitismus in Deutschland wie bei einem „flüchtigen Modethema“ wieder ziemlich eingeschlafen ist, was man zum Beispiel anhand der Initiative „Nie wieder ist jetzt“ aus dem letzten Herbst sieht, die trotz zahlreicher prominenter Gesichter mittlerweile so gut wie überhaupt keine Rolle mehr spielt. Zudem könnte die Politik wesentlich mehr für ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben ohne Hass und Hetze tun, indem sie etwa den Geschichtsunterricht als sehr wirksames Gegenmittel gegen Judenfeindschaft im gesamten Bildungswesen deutlich aufwertet und stärkt sowie endlich, was viele Experten schon lange fordern, ein bundesweites Fach zur Medienkompetenz in den Schulen einrichtet. Deshalb bleibt die wertetechnische Selbstbehauptung des demokratischen Gemeinwesens hier leider weiterhin nur unzureichend und mangelhaft! Rasmus Ph. Helt, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240703

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Florian Weis über das Ergebnis der Wahlen in Großbritannien.
Montag, 8. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Georg Leppert und **Oliver Teutsch** moderieren das FR-Stadtgespräch zur „Sportstadt Frankfurt“. Mit Oberbürgermeister Mike Josef, Roland Frischkorn (Sportkreis Frankfurt), Petra Römer (TG Bornheim) und Michael Ulmer (Schwimmgemeinschaft Frankfurt).
Mittwoch, 10. Juli, 18 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf diskutiert mit den Politikwissenschaftlern Greta Olson und Helmut Breitmeier von der Justus-Liebig-Universität Gießen über „Was beschäftigt deutsche Wähler:innen bei der US-Präsidentschaftswahl?“
Mittwoch, 10. Juli, 18 Uhr
Justus-Liebig-Universität, Aula des Hauptgebäudes, Gießen

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Im Livestream unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 11. Juli, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Merz vertieft den Graben

Zu: „Strategie im Adenauerhaus“, FR-Politik vom 25. Juni

Es ist Merz' bekanntes Strickmuster: das, was er sich wünscht, als Wirklichkeit hinzustellen, um es so allererst Wirklichkeit werden zu lassen. Zuletzt zu Thüringen: „SPD, FDP und Grüne sind einstellig oder gar unter fünf Prozent, also wählt CDU, damit eure Stimmen nicht verlorengehen“. Sehen wir ab von der FDP, mit der Merz wirtschafts- und finanzpolitisch gewiss übereinstimmt, so zeigt sich: Er vertieft den Graben zu SPD und Grünen, um sich seinen Koalitionspartner, den er gewiss braucht, woanders zu suchen – aber wo und wie? Er zieht eine Brandmauer zu denjenigen, mit denen er jedenfalls offiziell nichts zu tun haben will: zur AfD und zu den Linken, um sich mit ihnen dann doch wieder gemein zu machen. Wie geht dieser Hokusfokus? Ganz einfach: mit der Wagenknecht und den ihr hörigen Knechten.

Wie ist es möglich, dass eine Partei wie das incl. des Namens auf sie zugeschnittene Bündnis aus dem Stand zweistellig wird? Man mag mit einem derzeit europaweiten Rechtstrend antworten, aber damit verschiebt sich die Frage nur. Ich antworte: Es bedarf umfassender, gründlicher politischer Bildung, die, das ist ganz wichtig, geschichtlich wie systematisch dem Kognitiven wie Emotiven gleichermaßen Rechnung trägt – anderenfalls wird's für die Demokratie wahrlich kritisch. Manfred Wetzel, Agathenburg

Vergesst Wikileaks niemals!

Julian Assange ist frei: „Vergesst Wikileaks!“, FR-Tagesthema vom 26. Juni

Ich halte es mit den Reportern ohne Grenzen

Das Ärgernis des Tages ergab sich für mich beim Lesen des Kommentars von Peter Rutkowski. Dieser Kommentar trieft vor Sarkasmus: „Julian Assange als Jesus-Figur des digitalen Zeitalters (...)“, vor Hochmut: (...) wie sehr man sich verrennen, sich sogar selbst langsam vernichten kann, wenn man auf einem Freund-Feind-Schema beharrt“ und vor Ressentiment: „dass Journalist:Innen, die von Wikileaks profitierten (Glenn Greenwald beispielsweise) diese als PressemEDIUM adelten (und damit sich selbst). Selbst wenn journalistischer Ethos dort bloß Lippenbekenntnis war.“

Rutkowski zitiert „den großen Literaten“ Harlan Ellison: „Alle sollten das Recht haben, sich unter Zuhilfenahme möglichst vieler Informationen eine eigene Meinung zu bilden.“ Aber Journalisten wie er haben in der Pandemie Menschen, die das gemacht und dann ihre Meinung kundgetan haben „Querdenker, Covidioten, Verschwörungserzähler und Nazis“ genannt. Und beim Ruf nach „Frieden in der Ukraine ist „Putinverstehler“ noch ein harmloser Ausdruck.

Ich halte es da mehr mit den Reportern ohne Grenzen, die Assanges Freilassung anders als Rutkowski als „historischen Sieg für die Pressefreiheit“ gefeiert haben.

Deshalb mein Resümee: Vergesst Wikileaks niemals!
Matthias Wooge, Neu-Isenburg

Ein jahrelanger Kampf für die Freiheit

Der Schreiber des Kommentars musste „ertragen“, das betrübt mich sehr, dass eine Generation von „Medienarbeitenden“ Assange „als Märtyrer des Journalismus und / oder der Meinungsfreiheit verehrte“. Und dann noch: „Wie sehr man sich verrennen, sich sogar selbst langsam vernichten kann, wenn man auf einem Freund-Feind-Schema beharrt.“ Herr Rutkowski meint damit die Unterstützer, die jahrelang für die Freiheit und gegen die Folter von Assange gekämpft haben.

Nils Metzler, der damalige UNO-Sonderberichterstatter für Folter, schreibt in seinem Buch „Der Fall des Julian Assange“, dass 117 Ärzte aus 18 Ländern im Februar 2020 einen Aufruf veröffentlicht haben, der in einer renommierten medizinischen Fachzeitschrift welt-

weit erschien: „Sollte Assange in einem britischen Gefängnis sterben ... hätte man ihn tatsächlich zu Tode gefoltert.“ Die Ärzteschaft könne es sich nicht erlauben, schweigend auf der Seite der Folterer zu verharren. Assange hat Myriaden von Leiden während seiner 13-jährigen Gefangenschaft, davon fünf Jahre in London, erdulden müssen.

„Edward Snowden wollte die Welt aufklären“, heißt es weiter im Kommentar, „und lebt nun die trübe ziellose Existenz eines russischen Staatsbürgers“. Warum Moskau? Snowden wollte einen Flug über Moskau, Havanna und Caracas nach Quito, Ecuador, nehmen, um dort Asyl zu beantragen. Sein Pass wurde aber in Moskau von der amerikanischen Regierung für ungültig erklärt, und man hat die Fluggesellschaften angewiesen, ihn an der Weiterreise zu hindern.

Die Geschäftsführerin von Reporter ohne Grenzen Deutschland, Anja Osterhaus, sagte im Hinblick auf die Ankunft von Assange in Australien: „Dies ist ein historischer Sieg für den investigativen Journalismus weltweit“ (FR vom 26. Juni).

Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf

Leider am Thema vorbei

Zu: „Feierliches Gejammer“, FR-Panorama vom 1. Juli

Das war ja eine lustige Überschrift mit dem jammernden Windjammer. Leider am Thema vorbei, da muss ich Euch als Kieplerin doch korrigieren. Mit Jammern hat das nämlich nichts zu tun. Ihr habt es auch schon mal besser gewusst: „Wer jammert eigentlich auf dem Windjammer? Die Takelage, der Wind, die Besatzung über das miese Essen? Der Name stammt aus dem Englischen und geht zurück auf ‚to jam the wind‘, hart am Wind segeln.“ [Frankfurter Rundschau, 25.2.2006] Gabriele Schreib, Strande

Zuverlässige Information

Zu: „Moskau engt die Verhandlungen auf null ein“, FR-Tagesthema v. 25.6.

Vielen Dank für Ihre kontinuierliche und gründliche Berichterstattung zum Krieg Putins gegen die Ukraine. Sie sind, neben „Streitkräfte und Strategien“, die wichtigste und zuverlässigste Informationsquelle.
Heinz Jeschke, Braunschweig